
INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

BRITISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Das Ergebnis des Gewerkschafts- kongresses in Blackpool

Das wirtschafts- und sozialpolitische Schwergewicht, das von den Gewerkschaften der großen Industrieländer ausgeht, macht überall die Jahrestagungen ihrer Vertreter, die im Namen von Millionen sprechen, zu einer politischen Angelegenheit ersten Ranges. Ist das in England schon durch die Personalunion, die den TUC (Trades Union Congress) mit der Regierungspartei Englands verbindet, normalerweise in hohem Maße der Fall, so ganz besonders im gegenwärtigen Augenblick.

Wenn der 25. Oktober dafür sorgte, daß der Parteitag der ersten Oktobertage vor allem im Zeichen der Einigkeit und nicht der Meinungsverschiedenheiten stand, so ließ sich aus dem Verlauf des Kongresses zu Blackpool schon entnehmen, daß auch ohne diesen Anlaß die große Mehrheit hinter der Führung steht — im TUC wie in der Partei —, gehören doch von den 7,6 Millionen Gewerkschaftlern rund 5 Millionen durch ihre Beitrittserklärung korporativ gleichzeitig auch der Labour Party an. Die Querverbindungen zwischen der Partei-Exekutive, dem erweiterten Parteivorstand, und dem Generalrat des TUC, der gewerkschaftlichen Spitze, gehören ebenso zur gesellschaftlichen Struktur des heutigen Englands wie die millionenfach sich wiederholende Identität zwischen Partei- und Gewerkschaftsmitglied.

Was also begab sich Anfang September in Blackpool? Es ist von jeher in der gegnerischen Presse — der konservativen wie der kommunistischen — üblich gewesen, von dem „programmmäßigen Abrollen“ der Gewerkschaftskongresse zu sprechen, auf denen ja die Delegierten so viel Stimmen haben wie ihre Einzelgewerkschaft Mitglieder — ein Modus, der sich auf den Parteitagen wiederholt, wo neben den Einzelmitgliedern ja auch die Vertreter der Gewerkschaften mit der Stimmenzahl ihrer korporativ der Partei angehörenden Mitgliedschaften auftreten.

Was das heißt, zeigt ein Blick auf die Mannigfaltigkeit und gleichzeitig aber auch den Konzentrationsprozeß in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Es gibt rund 700 Gewerkschaften, von denen etwa 400 weniger als 1000 Mitglieder haben. Andererseits gibt es 17 Gewerkschaften mit mehr als 100 000 Mitgliedern, und diese 17 umfassen etwa

zwei Drittel der Mitglieder des TUC, ein Konzentrationsprozeß, der vor allem durch Verschmelzungen kleinerer Gewerkschaften entstanden ist.

Gewiß war es auch diesmal so, daß allein schon die drei größten Gewerkschaften — die Transportarbeiter, die Bergarbeiter und die Gewerkschaft der „Allgemeinen und städtischen Arbeiter“ — dem Generalrat eine Ausgangsposition von 2,7 Millionen Stimmen von rund 7,5 Millionen sicherten. Aber erstens sind die Delegierten nicht frei, sondern abhängig von den Beschlüssen ihrer Einzelgewerkschaften, die zum großen Teil schon vorher ihre Jahrestagungen zur Vorbereitung auf den TUC-Kongreß abgehalten hatten. Dabei fällt auch ins Gewicht, daß alle Einzelgewerkschaften autonom sind, d. h. daß der TUC nur Anregungen und Richtlinien geben kann, deren Einhaltung aber völlig von den Mitgliedsbeschlüssen der einzelnen Gewerkschaften abhängt. Diese aus der Tradition entwickelte Vielfältigkeit der Organisationen und ihre Autonomie sind für manche Schwerfälligkeit in der Wandlung der Mentalität und ihrer Anpassung an die modernen Aufgaben der wirtschaftlichen Planung verantwortlich.

Zweitens aber kann von einem Überstimmen der „Kleinen“ durch ein paar Massengewerkschaften in Blackpool schon deshalb keine Rede sein, weil nahezu alle Abstimmungen über Fragen, die im Mittelpunkt der großen Kontroversen standen, schon durch eindeutige Mehrheit — durch einfaches Handaufheben ohne Kartenabstimmung — entschieden wurden, d. h. ohne Addition der Stimmen, die der einzelne vertrat.

Diese eindeutige Mehrheitshaltung ergab sich insbesondere für die Abstimmung über die Frage der Aufrüstung. Es kam zu einer eindrucksvollen Absage an den Bevankurs; die Gegenresolution, die das Aufrüstungsvolumen kritisierte, wurde so überwältigend abgelehnt, daß ein Auszählen der Stimmen unterbleiben konnte. Auch eine Resolution, die die ungehinderte Freiheit der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland, mit Peking-China und den Satellitenländern förderte, wurde im Stimmenverhältnis von 5,2:1,8 Millionen abgelehnt. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, in denen eine kommunistische Führung eine Rolle spielt — was keineswegs identisch ist mit kommunistischen Mehrheiten in diesen Gewerkschaften —, wird auf etwa 700 000 bis 800 000 geschätzt.

Die heftigsten Debatten ergaben sich naturgemäß in der Frage der Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflationsgefahr und zur Sicherung des Lebensstandards. Die Mehrheit entschied sich ohne Auszählung für die vom Generalrat unterstützte Resolution, nachdem vorher die die Regierung kritisierende Resolution der Opposition im Verhältnis von 5,3:2,2 Millionen abgelehnt worden war. Aber gerade in diesen Diskussionen und Abstimmungen zeigte sich auch die Selbständigkeit der Gewerkschaften, die nicht nur B e v a n, sondern auch wesentliche Momente der sozialpolitischen Position des Schatzkanzlers Gaitskell ablehnten, unbeschadet der Tatsache, daß dieser mit seiner Rede zur Wirtschaftslage, die er am zweiten Kongreßtage gehalten hatte, einen persönlich sehr freundlichen Empfang fand. Man glaubte ihm gern, daß ein großer Teil der Steigerung der Einzelhandelspreise durch die Aufwärtsbewegung der Rohstoffpreise als Folge der Weltaufrüstung verursacht worden ist; aber sein Wunsch, „in jedem Betriebe sollte die Inschrift angebracht werden, daß jede Lohnerhöhung zu Preissteigerungen führen muß“, wird die englischen Gewerkschaften nicht abhalten, ihre Lohnforderungen zu stellen, deren Notwendigkeit der Generalrat auch schon unterstrichen hatte.

Das ganze war im Spiegel der gegenwärtigen Kritik ein typisches Beispiel für den Mangel an Logik dieser Kritiker, die sich am Dienstag darüber beschwerten, daß der Generalrat die Massen am Gängelband hält, am Mittwoch, daß er ins Schlepptau der Stimmung der Massen gerät.

Auch Gaitskells Hinweis, daß eine weitere Besteuerung der zur Auszahlung gelangenden Gewinne weder einen wesentlichen Beitrag zur Subventionierung der Preise lebenswichtiger Konsumgüter noch irgendeinen ins Gewicht fallenden Spielraum für Lohnerhöhungen bringen würde, hinderte die Delegierten nicht, ihre Forderungen zu stellen. Sie sehen nicht ein, warum die Inflationsspirale gerade in dem Augenblick zum Stillstand gebracht werden soll, wo die Preise führen und die Löhne zurückbleiben. Die Resolution, die gegen nur eine Oppositionsstimme angenommen wurde, stellt fünf Forderungen: Schärfere Preiskontrolle; Erhöhung der Subventionen; Kontrolle und Maßnahmen zur Verbilligung des Einzelhandels; Verschärfung der Begrenzung von Dividenden und Gewinnen, insbesondere für aus nicht ausgeschütteten Gewinnen verausgabte Gratisaktien; schließlich Abbau der Kaufsteuer auf die für den Haushalt wichtigen Gebrauchsartikel.

Gaitskells etwas unbestimmt vorgebrachte Anregung, nicht verteilte Gewinne zur Ausgabe von Gratisaktien an die Arbeiterschaft

zu verwenden, also eine Art von bescheidenem Miteigentumsverhältnis zu schaffen, fand kein Echo unter den Gewerkschaftern, die darin eher einen Riegel gegen Lohnerhöhungen sehen, die der ganzen Branche und nicht nur einem Betrieb zugute kommen sollen. Überhaupt ist ja jeder syndikalistische Gedanke englischen Gewerkschaftern völlig fremd.

Die Forderung, daß die völlig freie Lieferung von Brillen und Gebissen im Rahmen des Gesundheitsdienstes wiederhergestellt werden sollte, wurde mit knappster Mehrheit abgelehnt. Hier war zweifellos die große Mehrheit der Anwesenden dafür. Aber auch nur bei dieser Forderung hatte stimmungsmäßig Bevan einen Erfolg zu verzeichnen. Angenommen wurde auch der Antrag, der die völlige Gleichstellung der Frauengehälter für die gleiche Arbeitsleistung in den Behörden fordert, für den sich auch der Generalrat einsetzte.

Der Generalrat wurde geschlossen wiedergewählt und Arthur Deakin, Bevins Nachfolger als Führer des Transportarbeiterverbandes, einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Bei den außenpolitischen Fragen gab es zweimal erregtere Momente: Die von den Kommunisten stark beeinflusste Feuerwehrgewerkschaft hatte einen Protestantrag gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands und Japans eingebracht. Gegen den Antrag sprach sich jedoch der Generalsekretär des TUC, Sir Vincent T e w s o n, aus, der meinte, man könne nicht von englischen Soldaten verlangen, daß sie deutschen Boden schützen, wenn die Deutschen selber sich nicht daran beteiligen. Der Antrag wurde dann auch mit 4,5:2,6 Millionen Stimmen abgelehnt.

Einstimmig wurde dagegen der Protest gegen die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Franco-Spanien angenommen, in Bestätigung des bekannten Beschlusses des IBFG. Auch die Resolution des IBFG, die die kommunistische Regierung Chinas wegen ihrer koreanischen Aggression verurteilt, wurde vom Kongreß gebilligt.

Der Debatte über die nationalisierten Wirtschaftszweige hätte man einen größeren Raum gewünscht, als ihr aus Zeitmangel zuteil wurde. Immerhin wurde in zwei Resolutionen dazu Stellung genommen. Die eine forderte, daß in den Leitungen der nationalisierten Betriebe mehr Arbeitnehmer aus diesen Betrieben selbst sitzen sollten. Von den 350 Mitgliedern solcher „Boards“ hätten nur 44 Gewerkschaftserfahrung, und 63 wären früher Direktoren privater Großunternehmen gewesen, die früher die Verstaatlichung offen bekämpft hätten. Der Antrag wurde dem Generalrat zur weiteren Behandlung

überwiesen. Abgelehnt wurde dagegen mit mehr als Zwei-Drittel-Mehrheit ein Antrag, der eine Kürzung der Abfindungen für die früheren Besitzer fordert. Die Mehrheit war der Meinung, daß eine solche Maßnahme, die das Nichteinhalten fester Zusagen bedeute, den Konservativen eine Trumpfkarte im Wahlkampf in die Hände spielen würde. Erwähnt sei, daß diese Abfindungen z. B. in der nationalisierten Kohlenwirtschaft jährlich etwa 14 Millionen £ kosten.

Für die englische Gewerkschaftspolitik und die Mentalität der Gewerkschafter ungemein bezeichnend war die überwältigende Ablehnung, die ein Antrag der Chemiarbeitergewerkschaft fand. Denn dieser Antrag, der den Widerspruch zwischen der Planwirtschaft, deren stärkste Stütze ja gerade die Gewerkschaften sind, und der Lohnpolitik kritisierte, forderte eine den planwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Lohnskala. Hier zeigt sich auch die Auswirkung jenes traditionsgemäßen Denkens und die Folge der Aufspaltung der Gewerkschaften in so viele Berufsverbände, die den Übergang zu einer umfassenden Gesamthaltung gegenüber den Erfordernissen einer nationalen Planwirtschaft erschweren. Bezeichnenderweise war es gerade der Sprecher der Bergarbeitergewerkschaft, H a m m o n d, der erklärte, seine Gewerkschaft würde in ihren Lohnforderungen vorangehen, was immer auch bei einer solchen Lohnpolitik herauskäme. (Die Bergarbeiter stehen heute an zweiter Stelle der Lohnskala und haben ein Durchschnittseinkommen von etwa 500 DM im Monat.) Der Mangel an Bergarbeitern ist bekanntlich in England der entscheidendste Faktor, der die weitere Produktionssteigerung zu bremsen droht. Die Bergarbeiter wehren sich aber immer wieder gegen die Zulassung ausländischer Arbeiter, um ihre günstige Position im „Spiel der freien Kräfte“ nicht zu verschlechtern.

Nun wird man gewiß einer solchen Haltung zugute halten müssen, daß eine an der Planwirtschaft orientierte neue Lohnpolitik nicht genügend Sicherheiten für die Arbeiterschaft geben wird, solange nicht viel größere Teile der Produktion nationalisiert sind und der sozialisierte Sektor der Volkswirtschaft ein nicht mehr wegzudenkendes und aufzuhebendes Fundament der Wirtschaft geworden ist.

Als Gesamtergebnis aber zeigte sich in den großen, aktuellen, politischen und wirtschaftlichen Problemen wiederum die große Geschlossenheit der englischen Gewerkschaften, ihr Verantwortungsbewußtsein und die unumstrittene Stellung, die sie im Staatsgefüge der englischen Gesellschaft einnehmen.

B. Reichenbach (London)

KONGRESS DER AFL IN SAN FRANZISKO

In der dritten Septemberwoche fand in San Franzisko der 70. Kongreß der American Federation of Labour (AFL) statt. 700 Delegierte vertraten die rund acht Millionen Mitglieder dieser größten Gewerkschaft der USA. Zahlreiche Ehrengäste nahmen am Kongreß teil, unter ihnen auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette.

In seiner Botschaft an den Kongreß betonte Präsident T r u m a n, daß der amerikanische Arbeiter härter als je zuvor arbeiten müsse, wenn er dem Lande und der Welt den Frieden sichern wolle.

In seiner den Kongreß einleitenden Ansprache forderte der Vorsitzende der AFL, William Green, daß die AFL sich nicht nur für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen, sondern ganz allgemein den Verbraucher vor den ungerechtfertigten Preissteigerungen zu schützen habe. Preiskontrollen seien die erforderliche Ergänzung des Lohnstops, denn unkontrollierte Preise würden die Gesamtwirtschaft gefährden. Wenn die Regierung von sich aus keine wirksamen Maßnahmen ergreife, müßten die Gewerkschaften dafür Sorge tragen, daß bei den kommenden Wahlen nur gewerkschaftsfreundliche Kandidaten gewählt würden. Im Zusammenhang mit der Forderung größerer Freiheiten für die amerikanischen Gewerkschaften verlangte Green die Beseitigung des Taft-Hartley-Gesetzes. (Siehe Hubert H. Humphrey, Das Taft-Hartley-Gesetz, GM, September 1951.)

Der Europa-Vertreter der AFL, Irving B r o w n, berichtete dem Kongreß über die Situation in Europa. Er wies zwar darauf hin, daß der Kommunismus in Europa immer schwächer werde und vor allem in den Gewerkschaften an Boden verliere, daß aber in Frankreich und Italien Maßnahmen ergriffen werden müßten, um der unterirdischen Wühlarbeit der Kommunisten ein Ende zu bereiten, denn der Terror, der hier durch kommunistische „Gewerkschaften“ ausgeübt werde, bereite den Regierungen dieser Länder immer wieder große Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau. Jede Kürzung der ECA-Hilfsmaßnahmen im gegenwärtigen Zeitpunkt komme daher nur indirekt dem sowjetischen Machtstreben zugute. Brown bezeichnete die Fortsetzung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen als notwendig, wenn nicht die bisherigen unbestreitbaren Erfolge gefährdet werden sollen.

Von besonderer Bedeutung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung war die Teilnahme Christian Fettes am Kongreß der AFL. Zum ersten Male stand der Vor-

sitzende des DGB vor den Delegierten eines amerikanischen Gewerkschaftskongresses. Fettes Besuch in San Franzisko beweist, daß der Gedanke der internationalen Solidarität zwischen den Arbeitnehmern der Freien Welt und insbesondere auch zwischen den schaffenden Menschen der USA und Deutschland an Stärke gewinnt. Gerade die deutschen Gewerkschaften nehmen eine Vorpostenstellung ein im Kampf gegen die Expansionsbestrebungen des totalitären Systems. Deshalb ist die Verbundenheit mit den großen und starken Gewerkschaftsorganisationen der USA eine wertvolle Unterstützung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Christian Fette skizzierte in seiner Rede vor dem Kongreß die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nach dem letzten Kriege und betonte den Fortschritt, der dadurch erzielt worden sei, daß die schaffenden Menschen sich heute in Deutschland in einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zusammengefunden und damit ein Instrument von größter Schlagkraft geschaffen haben.

Dann wies Fette darauf hin, daß der Gedanke der Freiheit und der Demokratie nirgends so stark verankert sei wie in den USA und daß im Gegensatz dazu im heutigen Deutschland die Demokratie noch der besonderen Pflege bedarf. Die deutschen Gewerkschaften hätten aus den Erfahrungen der hinter ihnen liegenden Jahre gelernt und wären entschlossen, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Demokratie in Deutschland nicht wieder den gleichen Weg nehme wie vor 1933. Deshalb fordern sie,

daß nicht nur das politische Leben nach demokratischen Grundsätzen funktioniere, sondern daß dasselbe Prinzip auch im wirtschaftlichen Bereich eingeführt werde.

Es sei der tiefere Sinn der Forderung der deutschen Gewerkschaften nach Mitbestimmung in der Wirtschaft, die Umwandlung des Wirtschaftsuntertanen zum freien Wirtschaftsbürger zu erreichen. Erst dann könne in Deutschland von einer festen Verankerung der Demokratie gesprochen werden. In diesem Zusammenhang dankte Christian Fette den amerikanischen Gewerkschaften für ihre verständnisvolle Haltung im Kampf um die Mitbestimmung in Deutschland und bat sie, auch weiterhin den deutschen Gewerkschaften diese Unterstützung bei den Bestrebungen zu schenken, die darauf hinzielen, den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein lebenswertes Leben zu ermöglichen, ein Leben, das wert sei, verteidigt zu werden.

Im Verlauf des Kongresses wurde ein außenpolitisches Elf-Punkte-Programm gebilligt, in dem u. a. für Westdeutschland die unbeschränkte Souveränität und völlige nationale Unabhängigkeit gefordert wird. Das Programm setzt sich ferner für die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Österreich und die Revision des italienischen Friedensvertrages ohne Rücksicht auf die Sowjetunion ein. Der Aufbau einer großen Verteidigungsmacht in den USA wird mit der Feststellung gebilligt, daß eine Wiederaufrüstung mit ihren schweren Lasten einer Nichtaufrüstung vorzuziehen sei, die Krieg, Niederlage und Elend nach sich ziehen müsse.